

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Umwelt und Technik der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 11. Dezember 2014
im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend: Bürgermeister Dr. Wilke als Vorsitzender

Berg
Cyperrek
Denzer
Di Prima
Escher
Glattacker
Heuer
Kiefer
Krauel (in Vertretung Böhringer)
Pichlhöfer
Salach
Simon
Vogel
Vogelpohl
Wernthaler
Wiesiollek

Entschuldigt: Böhringer

Ferner: Fachbereichsleiterin Buchauer
Leiterin d. Büros d. Vorstands Frau Williams
Fachbereichsleiter Kleinmagd
Fachbereichsleiter Krieger
Fachbereichsleiter Schwenzer
Betriebsleiter Langela
Betriebsleiter Schäfer
Stellv. Fachbereichsleiter Dullisch
Frau Schmidt
Herr Bienhüls
Herr Vietz

Urkundspersonen: Stadträtin Cyperrek und Stadtrat Wernthaler

Schriftführung: Herr Ockenfuß

Beginn: 17.30 Uhr
Ende: 19.10 Uhr

TOP 1

Bauantrag 267/14, Flst.-Nr. 172, Gemarkung Lörrach, Belchenstraße 19 a / Bergstraße 37, Neubau eines Hotels und Boardinghauses mit 230 Zimmern, Restaurant, Bar sowie Tiefgarage (§ 31 BauGB).

Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Mitglieder des Ausschusses für Umwelt und Technik. Er begrüßt insbesondere Herrn Külby, den Architekten des Hotels, welches in der Belchenstraße errichtet werden soll.

Fachbereichsleiter Schwenzer erläutert anhand von Folien, dass man, nachdem man bereits eine Teilbaugenehmigung für den Aushub der Baugrube erteilt habe, nun bestimmte Befreiungen vom Bebauungsplan genehmige. Es sei dies zunächst die Überschreitung der festgesetzten Höhe beim Hotelurm um 1,70 m. Die geplante Bauhöhe liege somit bei 64,7 m über dem Niveau der Belchenstraße. Des Weiteren die Überschreitung der festgesetzten Höhe beim Boardinghaus um 2,25 m. Die geplante Bauhöhe liege sodann bei 12,25 m. Hinsichtlich des Turms werde die Auflage erteilt, dass Nutzflächen, deren Fußbodenhöhe am Ende über 60 m liegen, nicht genutzt werden dürfen. Er erklärt, dass das Boardinghaus viergeschossig angelegt werde. Des Weiteren erläutert er, dass entgegen der Darstellung in der Vorlage keine Überschreitung der GRZ erfolge.

Der Vorsitzende dankt Fachbereichsleiter Schwenzer und führt aus, dass das Projekt insgesamt im Ausschuss für Umwelt und Technik sowie im Gestaltungsbeirat auf eine gute Resonanz gestoßen sei. Er verweist auf das Modell, das Herr Külby mitgebracht hat.

Stadtrat Heuer fragt, warum der Turm bei einer Höhe von 60 m nicht genutzt werden dürfe. Er wolle ebenso wissen, ob die Nachbarn schon mit den Plänen des Hotelbaus konfrontiert worden seien. Er fragt zudem, wie man mit negativen Auffassungen innerhalb der Anwohner umgehen wolle.

Stadträtin Cyperrek fragt, ob bereits Stellungnahmen der Feuerwehr sowie des Landratsamtes vorliegen würden. Sie frage sich, warum das Boardinghaus nun doch 2,25 m höher werde als ursprünglich vorgesehen. Auch hinsichtlich der vorgesehenen Stellplätze sei sie skeptisch.

Stadtrat Denzer befindet, dass eine Erhöhung um 2,25 m eine Erhöhung um ein komplettes Stockwerk darstelle. Er wolle wissen, ob man sich der Gebäudehöhe im Vergleich zu den angrenzenden Gebäuden tatsächlich bewusst sei. Es sei dafür zu sorgen, dass es genug Parkplätze gebe. Ansonsten empfinde er das Projekt als positiv.

Stadtrat Berg fragt, ob eine Befreiung für die Überschreitung der GFZ oder der GRZ erteilt werde.

Stadtrat Pichlhöfer fragt, ob vor dem Hotel an der Straße Parkbuchten erstellt werden.

Fachbereichsleiter Schwenzer erklärt, dass zwei Busabstellmöglichkeiten zum kurzzeitigen Anfahren in der Hunnenstraße vorgesehen seien. Weder die GRZ, noch die GFZ werde überschritten. Im Untergeschoss werden 91 Stellplätze, davon drei Behindertenparkplätze, nachgewiesen. Eine konservative Berechnung sähe rund 80 Stellplätze vor. Man könne mehr Stellplätze aufweisen, als von der Landesbauordnung gefordert. Die Erhöhung des Gebäudes um 2,25 m stelle keine Erhöhung um ein volles Stockwerk dar. Die Erhöhung habe architektonische Gründe. Der Bauherr werde indes eine Verzichtserklärung für den Fall abgegeben, dass Einwände zur Gebäudehöhe seitens der Anwohner geäußert werden, die baurechtlich zu beachten seien. Somit seien Schadensersatzansprüche ausgeschlossen. Eine Nutzung des Turms oberhalb einer Fußbodenhöhe von 60 m werde aus brandschutzrechtlichen Gründen untersagt, da man sonst ein zweites Fluchttreppenhaus benötigen werde. Die Anwohner werde man nach nunmehr vorliegenden vollständigen Planunterlagen nochmals anhören. Planungsrechtlich gebe es keine Bedenken bei den Zustimmungen zu den Befreiungen.

Der Vorsitzende erläutert, dass planungsrechtlich alles seine Richtigkeit habe. Anhörungen der Anwohner hätten bereits stattgefunden. Weitergehende Einwendungen zur prinzipiellen Nutzung des Grundstücks könne man allerdings nicht mehr vorbringen, da der Bebauungsplan Belchenstraße bereits verabschiedet worden sei.

Stadtrat Pichlhöfer hält die Parkplatzsituation für kritisch.

Stadtrat Escher führt aus, dass er die Vorlage zur Kenntnis nehme. Bei Einwendungen liege allerdings kein Ermessen beim Gemeinderat, sondern bei der Verwaltung. Hierfür wünsche er eine gute Hand.

Der Vorsitzende sagt, dass die Gemeinderäte selbstverständlich mitreden und mitentscheiden dürften. Es gehe bei dem Tagesordnungspunkt aber nur um eine bauplanungsrechtliche Kenntnisnahme. Man könne froh sein, dass der Bauherr mehr Parkplätze baut, als er grundsätzlich zu bauen verpflichtet sei. Wenn man keine Errichtung einer Wärmezentrale vorgesehen hätte, hätte man noch mehr Stellplätze zur Verfügung gehabt.

Herr Külby dankt den Ausschussmitgliedern für die Kenntnisnahme. Der Betreiber des Hotels führe noch 30 andere Hotels und verfüge auch über Erfahrungen hinsichtlich der Bereitstellung von Stellplätzen. Es werde in Lörrach mit einem großen Andrang über den öffentlichen Personennahverkehr gerechnet. Bei großen Veranstaltungen könne es zu Staus kommen. Jedoch stelle man 50 Prozent mehr Stellplätze zur Verfügung als gesetzlich vorgesehen. Die renommierte Firma ENEA aus Zürich werde die Außenanlage des Gebäudes gestalten. Auf einen weiteren, rund 40 m hohen Turm habe man verzichtet, zudem habe man nur die halbe Grundstücksfläche überbaut.

Stadträtin Cyperrek erklärt, dass sie hinsichtlich der Höhe des Boardinghauses Bedenken habe und deshalb nicht zustimmen wolle.

Der Vorsitzende erklärt, dass es bei dem Tagesordnungspunkt um eine Kenntnisnahme handle.

Stadtrat Escher fragt, was getan werde, wenn mehr als zwei Busse angefahren kämen.

Der Vorsitzende gibt an, dass man zwei Haltestellen für Busse ausgewiesen habe. Er sagt, dass zudem auch noch das MMZ-Gelände für eine Anfahrt zur Verfügung stehe. Es könnten eben nicht alle Busse immer direkt das Hotel anfahren. Man wolle klären, wo die Busse noch hinfahren könnten.

Der Ausschuss für Umwelt und Technik nimmt sodann vom Bauvorhaben Kenntnis. Planungsrechtliche Schritte zur Sicherung der Bauleitplanung nach den Vorschriften des Baugesetzbuches sind nicht erforderlich.

TOP 2

Bemusterung eines neuen Modells einer Innenstadtleuchte

Vorlage: 209/2014

Der Vorsitzende führt zunächst in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein und erläutert, dass man verschiedene Lampentypen zur Auswahl gehabt habe, mit denen man die Innenstadt beleuchten will. Man wolle somit Optimierungen hinsichtlich des Lichtbildes und der Blendwirkung erzielen. Es gebe bestimmte Lampenfamilien, sodass man plane, in der Stadt einheitliche Lampentypen einer einheitlichen Lampenfamilie zu installieren.

Stadtrat Heuer wolle dies zur Kenntnis nehmen.

Stadträtin Cyperrek gibt an, dass mindestens 50 Prozent der Lampen im Stadtgebiet nicht mehr voll funktionsfähig seien. Sie hätte sich noch weitere Modelle zur Auswahl gewünscht als lediglich zwei Lampentypen. Die beiden aufgeführten Lampentypen seien sehr ähnlich. Für manche Bewohner Lörrachs stelle die Straßenbeleuchtung nahezu eine Wohnbeleuchtung dar.

Stadtrat Denzer gibt an, dass er sich über den Einsatz von LED-Leuchten freue und die Vorlage zur Kenntnis nehmen wolle.

Stadtrat Berg geht auf die Blendwirkung des Lampentyps an der Straße vor dem Betrieb Weinspeck ein und erklärt, dass diese an dieser Stelle noch optimiert werden könne. Die Lampe in der Gutenbergstraße sei sehr hell.

Herr Dullisch erklärt, dass die Beleuchtung die Fenster des ersten Stocks des Weinspeck-Gebäudes nicht erreiche. Auch den Tausch von Masten wird man vornehmen.

Der Vorsitzende gibt an, dass man Anfang 2015 sämtliche Leuchten auf LED-Technik umrüsten wolle. Zwar sei es nicht immer einfach angrenzende Häuser nicht in zu großem Umfang zu beleuchten, jedoch seien die LED-Leuchten wesentlich länger haltbar.

Stadtrat Pichlhöfer fragt, ob auch in anderen Kommunen in diesem Maßstab umgerüstet werde. Es dürfe auf keinen Fall dunkler werden, als es momentan sei.

Der Vorsitzende führt aus, dass Lörrach nicht die einzige Kommune sei, die auf LED-Technik umrüste. Einen Lichtmasterplan gebe es hingegen nur in Lörrach. Der Plan berücksichtige viele Aspekte wie Kosten, Energie oder Lichtsmog.

Der Ausschuss für Umwelt und Technik fasst einstimmig den folgenden Beschluss:
Es wird vorgeschlagen, die Leuchte Project One LED von der Firma Schröder bei künftigen Austauschmaßnahmen und Baumaßnahmen im Innenstadtbereich, sh. Ziffer 2.1.2. Lichtmasterplan zu verwenden.

TOP 3

Ausbau Giganetz II in Lörrach, mündl. Bericht durch Herrn Seng, Telekom

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Seng von der Telekom, der den Ausbau des Giganetzes in Lörrach vorstellen wolle. Ebenso begrüßt er Herrn Kempf vom Landratsamt Lörrach, der von Seiten des Landkreises für den Breitbandausbau zuständig ist.

Herr Seng stellt dem Ausschuss die Planungen der Telekom hinsichtlich des Breitbandausbaus in Lörrach vor (Anlage 1).

Der Vorsitzende dankt Herrn Seng für den Vortrag. Er wolle wissen, ob das Netz der Telekom auch anderen Anbietern zur Verfügung gestellt werde.

Herr Seng erklärt, dass die Telekom von der Bundesnetzagentur die Genehmigung erhalten habe, das Netz für eine gewisse Übergangszeit alleine betreiben zu dürfen. Die Zeit, die der Ausbau des Netzes benötige, belaufe sich auf rund zwölf Monate.

Der Vorsitzende gibt an, dass das Gewerbegebiet Entenbad Ost versorgungstechnisch in die Planungen des Landkreises einbezogen werde. Auch das Baugebiet Hugenmatt könne somit zukünftig an das Netz angebunden werden. Er empfiehlt, dass sich die Stadt an der Ausbaugesellschaft des Landkreises beteilige.

Stadtrat Heuer bedankt sich für den Bericht. Er bemerkt, dass die Verteilerkästen sehr groß seien. Er fragt, ob diese auf städtischen oder privaten Flächen aufgestellt würden. Er wolle zudem wissen, wie man sich vor unerwünschter Plakatierung und Vandalismus an den Kästen schütze. Eine Ausbauezeit von einem Jahr sei sehr gut. Er fragt, ob die Stadt Kosten zu tragen habe.

Stadtrat Denzer fragt, welche Up- sowie Downloadraten beim Vectoring-VDSL effektiv erreicht werden können. Er bitte die Telekom um einen schnellstmöglichen Ausbau der Breitbandversorgung. Er wolle zudem wissen, ob künftig auch IP-Telefonie möglich sei.

Herr Seng gibt an, dass er grundsätzlich für Ausbauthemen und nicht für Marketing-beziehungsweise Vertriebsthemen zuständig sei. Das Maß der Kästen sei ihm bewusst. Man wolle die Kästen in der Regel auf öffentlichem Grund errichten. Teilweise müsse man mit Grundstückseigentümern Vereinbarungen treffen. Die Kästen seien mit einem Graffiti-Schutz ausgestattet. Hinsichtlich der Bandbreiten gewährleiste die Telekom eine Mindestübertragungsrate von 16 mbit/Sek. im Kernbereich des Netzes sowie eine Mindestübertragungsrate von 6 mbit/Sek. in den Außenbereichen. IP-Telefonie solle ermöglicht werden, die Telekom wolle das Thema bis Ende des Jahres in den Griff bekommen. Finanziell seien die Kommunen am Netzausbau nicht beteiligt.

Der Vorsitzende gibt an, dass man bereits Mittel in den Haushalt eingestellt habe, die man beim Aufriss von veralteten Gehwegen für deren Erneuerung verwenden könne. Die Standorte der Kästen werde man nach und nach überprüfen. Eine wichtige Rolle spiele hierbei die Breite des Gehwegs.

Stadtrat Pichlhöfer fragt, ob für den Kunden Kosten entstehen würden.

Herr Seng gibt an, dass der Endverbraucher eventuell ein neues Modem benötige, jedoch ein Anschluss einzelner Häuser ans Netz nicht erfolge.

Der Vorsitzende gibt an, dass Bürger, die von dem neuen Angebot keinen Gebrauch machen, keine Kosten zu erwarten hätten.

Stadträtin Cyperrek wirft auf, dass die Telekom beim letzten Ausbau von Haus zu Haus gegangen sei und dabei exzessiv und drückend geworben habe. Sie bittet darum, dass die Telekom sich diesbezüglich dieses Mal zurückhaltender verhält.

Der Vorsitzende hebt hervor, dass bei der Ausbaumaßnahme keine Notwendigkeit zur Schließung von Vorverträgen bestehe, da die geplante Erschließung unabhängig von Verträgen sei.

Herr Seng gibt an, dass die Telekom auch wieder einen Direktvertrieb vorsehe.

Stadträtin Wiesiollek fragt, warum im ersten Jahr die Telekom ein Exklusivrecht gegenüber anderen Anbietern besitze. Ebenso wolle sie wissen, ob die Gemeinden Kandern, Binzen, Weil am Rhein und Rümkingen sich auch an der Gesellschaft des Landkreises beteiligen würden.

Herr Seng erklärt, dass nach der Übergangszeit, die der Telekom für den Netzausbau eingeräumt werde, auch andere Anbieter die Möglichkeit hätten via Bit-Stream-Access Kunden über das Netz zu erreichen.

Herr Kempf gibt an, dass die genannten Gemeinden an der Gesellschaft des Landkreises teilhaben würden.

Der Vorsitzende gibt an, dass man sich auf Lörrach konzentrieren müsse, man aber eben nicht wisse, wie der Landkreis technologisch vorankomme.

Stadtrat Dr. Vogelpohl wolle wissen, ob man langfristig vorsehe, die letzte Meile hin um Endverbraucher auch noch mit Glasfaser auszustatten.

Herr Seng führt aus, dass dies eine Kostenfrage sei. Die Lösung fttc (fibre to the carrier) sei die wirtschaftlich sinnvollste Lösung. Langfristig wünsche man sich eine direkte Anbindung der Haushalte ans Glasfasernetz. Es gebe auch schon diverse neue Technologien wie beispielsweise die Technologie G-Fast, fttddp oder fttb. Bei solchen Maßnahmen müsse man aber mit mehr Kästen rechnen.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Seng sowie bei Herrn Kempf für den Vortrag und ihr Kommen.

TOP 4

Bericht zum Abschluss der Erstkontrollen über die sichere Aufbewahrung von Waffen und Munition

Vorlage: 202/2014

Der Vorsitzende begrüßt Fachbereichsleiter Krieger sowie Frau Hailer vom Fachbereich Bürgerdienste. Es sei interessant zu wissen, dass der durchschnittliche Waffenbesitzer in Lörrach sechs Waffen besitze. Die Anzahl der Waffenbesitzer in Lörrach sei von 592 auf 350 gesunken. Insgesamt befänden sich 1888 Waffen im Stadtgebiet. Beanstandungen gebe es nur noch selten.

Stadtrat Escher zeigt sich erfreut über die positiven Ergebnisse der Prüfungen. Er wolle keine amerikanischen Verhältnisse in Lörrach.

Stadträtin Krauel wolle wissen, wie viele Waffen sich bei Vereinen und wie viele Waffen sich in privatem Besitz befänden.

Der Vorsitzende gibt an, dass dies grundsätzlich bekannt sei. Waffenbesitzer müssten regelmäßig Kontrollen durchführen lassen. Es würden immer wieder Waffen abgegeben werden. Abgegebene oder eingezogene Waffen verbringe man in Kooperation mit der Polizei nach Stuttgart.

Stadträtin Cyperrek wolle wissen, ob die Verwaltung eine effiziente Kontrolle der Bestände gewährleisten könne.

Der Vorsitzende bejaht dies.

Stadtrat Heuer wolle wissen, ob Waffenbesitzer eine Schussbefähigung vorweisen müssten.

Frau Hailer gibt an, dass Sportschützen diese Befähigung grundsätzlich mitbrächten. Andere Waffenbesitzer seien Sammler und nicht zum Besitz von Munition berechtigt.

Von dem Ergebnis und der weiteren Verfahrensweise wird Kenntnis genommen.

TOP 5

Energiebericht 2013

Vorlage: 213/2014

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein. Erst vor kurzem habe auch der Klimaschutz- als auch der EEA-Bericht über die derzeitige Situation informiert. Es gebe im Lauf der Jahre immer wieder Höhen und Tiefen. In kalten Wintern käme es zu einem erhöhten Energieverbrauch. Man wolle sich aber weiter um die Erreichung der klimapolitischen Ziele bemühen.

Stadtrat Escher wolle den Bericht zur Kenntnis nehmen.

Stadtrat Simon bedankt sich für den Bericht. Man müsse weg vom Öl. Er hoffe auf weitere Erfolge.

Stadtrat Denzer führt aus, dass gewünschte Zahlen nicht erreicht werden könnten, da viele Maßnahmen für die breite Bevölkerung zu teuer seien. Man müsse auch viele weniger kostenintensive Maßnahmen anbieten, die in der Maße erhebliche Einsparpotentiale vorbringen.

Stadtrat Berg wirft ein, dass das Ziel der Kohlenstoffdioxidreduktion erreicht werde. Es gehe nicht primär um den Wärme- und Stromverbrauch, sondern um die Einsparung von Kohlenstoffdioxid. Man müsse auch darauf achten, wie Strom erzeugt wird. Die Entwicklungen, beispielsweise bei der Straßenbeleuchtung, seien als positiv zu bewerten. Man müsse so weitermachen.

Der Vorsitzende bedankt sich für den Bericht. Man habe noch viel vor. Man arbeite dabei mit der Energieagentur zusammen. Eine flächendeckende Massenmobilisierung halte er auch für besser als teure Einzelmaßnahmen.

Der Energiebericht 2013 wird zur Kenntnis genommen.

TOP 6

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

Keine.

TOP 7

Allgemeine Anfragen

Wohnraumförderprogramm für Flüchtlinge

Stadtrat Wernthaler wolle in Erfahrung bringen, ob die Stadt Lörrach an dem Wohnbauförderprogramm für die Aufnahme von Flüchtlingen der Landesregierung in Höhe von rund 30 Millionen Euro teilhabe.

Der Vorsitzende gibt an, dass das Förderprogramm der Verwaltung bekannt sei. Das Förderprogramm sei allerdings für Kommunen und nicht für kommunale Unternehmungen vorgesehen.

Café Rosengarten

Stadtrat Heuer wolle wissen, ob bereits ein neuer Pächter für das Café Rosengarten gefunden worden sei.

Der Vorsitzende gibt an, dass man mit seriösen Bewerbern bereits Gespräche geführt habe und darauf hingewiesen habe, dass die Übernahme des Café Rosengarten keine einfache Aufgabe darstelle. Man führe nun letzte Verhandlungen.

Krankenhausvorplatz

Stadträtin Cyperrek fragt, ob es hinsichtlich des Krankenhausvorplatzes nun schon Neuigkeiten gebe.

Der Vorsitzende gibt an, dass eine Darstellung des Sachstands hinsichtlich des Krankenhausvorplatzes in Planung sei.

Parkleitsystem

Stadträtin Cyperrek wolle wissen, ob das städtische Parkleitsystem defekt sei.

Der Vorsitzende erklärt, dass ein Problem bei der Ringleitung vorliege. Die Fehlersuche stelle sich schwierig dar und werde noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Es gebe eventuell Kabelschäden.

Polleranlage

Stadtrat Pichlhöfer gibt an, dass es bei einigen Handwerkern Probleme mit der Erlangung von Zufahrtberechtigungen zur Innenstadt gegeben habe. Unter anderem sei ein zuständiger Mitarbeiter der Stadtverwaltung nicht anwesend gewesen.

Der Vorsitzende erklärt, dass sich zwei Betriebe beschwert hätten. Diese hätten nicht verstanden, dass die Stadt Notfallgenehmigungen erteile. Ein Handwerker habe keine guten Gründe für eine Zufahrt gehabt. Man habe der Kreishandwerkerschaft angeboten bei Problemen gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Steg im Grütt-Park

Stadtrat Escher gibt an, dass ein Steg am See im Grütt-Park gebrochen sei und erneuert werden müsse.

Der Vorsitzende gibt an, dass man das Problem beheben werde.

Verkehrssituation Danziger Straße

Stadtrat Escher gibt an, dass es in der Danziger Straße eine Haarnadelkurve gebe, die in der vergangenen Zeit sehr ungünstig beparkt worden sei. Es benötige ein zusätzliches Verkehrsschild zur Ausweisung eines uneingeschränkten Halteverbots (Schild Nr. 286) oder verstärkte Kontrollen des ruhenden Verkehrs.

Ampelsituation Schwimmbad

Stadtrat Pichlhöfer gibt an, dass die Grünphase der Ampelanlage vor dem Schwimmbad deutlich zu kurz sei.

TOP 8 Offenlegungen

TOP 8.1

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschuss für Umwelt und Technik am Donnerstag, 6. November 2014

TOP 8.2

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschuss Stadtwerke am Donnerstag, 6. November 2014

TOP 8.3

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Umlegungsausschuss Stadtwerke am Donnerstag, 6. November 2014

TOP 8.4

Berichtigung der Niederschrift des Ausschuss für Umwelt und Technik am Donnerstag, 23. September 2014

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: